

**Amtsblatt Nr. 43 vom 25.10.1983
für den Landkreis Berchtesgadener Land**

Landratsamt
Bek.-Nr. 4

**Verordnung des Landkreises Berchtesgadener Land über das Landschaftsschutzgebiet
Taubensee, Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden**

Der Landkreis Berchtesgadener Land erläßt aufgrund von Art. 10 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 45 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 Satz 1 des Bayer. Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.10.1982 (GVBl. S. 874) folgende mit Schreiben der Regierung von Oberbayern vom 19.7.1983 Nr. 820-8623-15/81 genehmigte Verordnung:

**§ 1
Schutzgegenstand**

Der Landschaftsraum „Taubensee“ in der Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden wird mit den in § 2 dieser Verordnung näher beschriebenen und abgegrenzten Landschaftsteilen als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.

Das Landschaftsschutzgebiet umfasst insbesondere den Taubensee als Wasserfläche und Amphibienlaichplatz mit seinen randlichen Verlandungszonen, Flach- und Hochmoorbereichen und die östlich angrenzenden Bergahornbestände.

Das Landschaftsschutzgebiet ist ca. 30 ha groß.

**§ 2
Schutzgebietsgrenze**

(1) Die Grenze des Landschaftsschutzgebietes verläuft wie folgt:
Ausgangspunkt ist der Schnittpunkt der südlichen Straßenbegrenzung der B 305 (Deutsche Alpenstraße) mit dem nordöstlichen Rand der Alten Reichenhaller Straße unweit östlich der Schwarzbachwacht. Von hier folgt die Landschaftsschutzgebietsgrenze südöstlich ständig entlang des nordöstlichen Randes der Alten Reichenhaller Straße bis zum Schnittpunkt mit der Zufahrt zum Hinter-Simon-Lehen; nordöstlich weiter entlang des westlichen Randes der Zufahrtsstraße zum Hinter-Simon-Lehen. Das Wohngebäude Hinter-Simon-Lehen westlich umgehend, erreicht die Landschaftsschutzgebietsgrenze die südwestliche Begrenzung des Grundstücks Fl.-Nr. 241 der Gemarkung Ramsau. Dieser südöstlich folgend bis zum nordwestlichen Eckpunkt des Grundstücks Fl.-Nr. 259 der Gemarkung Ramsau. Von hier in gedachter Linie nordnordöstlich weiter über den Wiesenplan bis zum Schnittpunkt mit der südlichen Begrenzung der B 305 „Deutsche Alpenstraße“ unmittelbar am östlichen Ende des Aussichts-Parkplatzes; den Parkplatz südlich umfahrend und nordwestlich weiter ständig entlang der südlichen Begrenzung der B 305 bis zum Ausgangspunkt.

(2) Die Grenze des Landschaftsschutzgebietes ist in einer Karte M 1 : 5000, ausgefertigt vom Landratsamt Berchtesgadener Land am 20.10.1982, eingetragen. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Maßgebend für den Grenzverlauf ist die wörtliche Grenzbeschreibung in Abs. 1. Die Karte wird zusätzlich beim Landratsamt Berchtesgadener Land als untere Naturschutzbehörde archivmäßig verwahrt und ist während der Dienststunden allgemein zugänglich.

§ 3

Schutzzweck

Zweck des Landschaftsschutzgebietes „Taubensee“ ist es,

1. die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes zu gewährleisten, insbesondere den See mit seinen Verlandungsflächen als Amphibienlaichplatz nicht zu beeinflussen;
2. die Schönheit, Vielfalt und Eigenart des Landschaftsbildes zu bewahren, vor allem den landschaftstypischen Bergsee einschließlich seiner durch mannigfaltigen Laubbaumgruppen gekennzeichneten Umgebung;
3. den besonderen Erholungswert dieses Gebietes für die Allgemeinheit weiterhin zu gewährleisten.

§ 4

Verbote

In dem in § 1 bezeichneten Landschaftsschutzgebiet ist es verboten, Veränderungen vorzunehmen, die geeignet sind, dem Schutzzweck (§ 3) zuwiderzulaufen, insbesondere die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes zu vermindern, den Naturgenuss zu beeinträchtigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten oder diese Folgen mit Sicherheit erwarten lassen.

§ 5

Erlaubnispflicht

- (1) Der vorherigen Erlaubnis des Landratsamtes Berchtesgadener Land – Untere Naturschutzbehörde – bedarf, wer im Landschaftsschutzgebiet folgende Maßnahmen durchführen will:
 1. Bauliche Anlagen aller Art im Sinne der Bayerischen Bauordnung zu errichten, zu ändern oder ihre Nutzung zu ändern, auch wenn hierfür keine Baugenehmigung erforderlich ist; hierzu zählen insbesondere:
 - a) Gebäude (Art. 2 Abs. 2 BayBO), z.B. Wohnhäuser, Wochenendhäuser, Buden, Verkaufsstände, Verkaufswagen, Gerätehütten, Ställe, Bienenhäuser;
 - b) Einfriedungen aller Art;
 - c) Veränderungen der Erdoberfläche durch Abgrabungen oder Aufschüttungen, insbesondere die Erschließung von Steinbrüchen, Kies-, Sand-, Lehm- oder Tongruben oder sonstige Erdaufschlüsse sowie Abschütthalden;
 - d) Ablagerungen aller Art, Bohrungen und Sprengungen.
 2. soweit es sich nicht bereits um Anlagen im Sinne der Nr. 1 handelt,
 - a) Schilder, Bild- und Schrifttafeln, Anschläge, Lichtwerbungen und Schaukästen anzubringen;
 - b) ober- oder unterirdisch geführte Draht-, Kabel- und Rohrleitungen sowie Masten zu errichten oder zu ändern;
 3. außerhalb von Straßen, Wegen und Plätzen mit Kraftfahrzeugen aller Art oder mit Wohnwagen zu fahren oder diese dort abzustellen.
 4. Gewässer anzulegen oder sie einschließlich ihrer Ufer zu ändern, selbst wenn sie nach den Bestimmungen des Wasserrechts von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung sind oder den Wasserzu- und -ablauf sowie den Grundwasserstand zu verändern;

5. landschaftsbestimmende Elemente wie Bäume, Gehölze, Hecken oder Sträucher außerhalb des Waldes zu beseitigen;
 6. Straßen, Wege oder Plätze jeder Art zu errichten oder wesentlich zu ändern;
 7. außerhalb hierfür von der unteren Naturschutzbehörde zugelassener Plätze Feuer zu machen oder zu zelten;
 8. wesentliche Veränderungen des Gehölzbestandes, insbesondere Kahlhiebe von mehr als 0,25 ha Größe, Umwandlung von Mischwald in Monokulturen vorzunehmen, unbeschadet der Vorschriften der Waldgesetze. Im übrigen bleibt Art. 4 NatEG unberührt;
 9. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr einschließlich dem Reiten gewidmeten Straßen und Plätzen und außerhalb der mit Zustimmung des Landratsamtes als Reitwege gekennzeichneten privaten Wege und Plätze zu reiten;
 10. Flugmodelle aller Art sowie Tonwiedergabe- und Tonübertragungsgeräte zu betreiben;
- (2) Die Erlaubnis ist unbeschadet anderer Rechtsvorschriften zu erteilen, wenn die beabsichtigte Maßnahme nicht geeignet ist, eine der in § 4 genannten Wirkungen hervorzurufen oder diese Wirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden.
- (3) Wird die Erlaubnis mit Nebenbestimmungen erteilt, kann eine Sicherheitsleistung verlangt werden.

§ 6

Sonderregelungen

Unberührt von der Erlaubnispflicht nach § 5 bleiben:

1. die rechtmäßige Ausübung von Jagd und Fischerei sowie Aufgaben des Jagdschutzes;
2. die im Sinne des BayNatSchG und des Bundesnaturschutzgesetzes ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung; unabhängig davon gilt § 5 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 8 dieser Verordnung;
3. die laufende Unterhaltung der bestehenden Loipe, der vorhandenen Gräben und Gewässer;
4. die Errichtung land- und forstwirtschaftlicher Gebäude, ortsüblicher Weidezäune und für den Forstbetrieb notwendige Kulturzäune ohne Verwendung von Beton- oder Plastikmaterialien sowie Walderschließung und Feuermachen im Zuge der land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung;
5. das Instandhalten und Entstören von ober- und unterirdischen Fernmeldeanlagen durch die Deutsche Bundespost oder deren Beauftragten;
6. das Instandhalten und Entstören der Elektrizitätsversorgungsleitungen durch ein Elektrizitätsversorgungsunternehmen und dessen Beauftragten;
7. das Errichten und Instandhalten von Straßenentwässerungsanlagen durch die Straßenbauverwaltung oder deren Beauftragte;
8. das Fahren oder Abstellen von Fahrzeugen zur land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung, Fahrzeuge der Wasserwirtschaftsverwaltung und der in ihrem Einsatz stehenden Unternehmer, Fahrzeuge der Deutschen Bundespost und deren Beauftragten, die zum Errichten, Abbrechen, Instandhalten und Entstören der Fernmeldeanlagen benutzt werden sowie Fahrzeuge der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und deren

- Beauftragten, die zum Errichten, Abbrechen und Instandhalten und Entstören der Elektrizitätsversorgungsleitungen benutzt werden; Fahrzeuge der Straßenbauverwaltung zur Errichtung und Instandhaltung von Straßenentwässerungsanlagen;
9. das Aufstellen oder Anbringen von Schildern, Bild- und Schrifttafeln durch die untere Naturschutzbehörde, die den Schutz von Flächen und einzelnen Bestandteilen der Natur nach dem BayNatSchG kennzeichnen oder auf deren Bedeutung hinweisen, oder die Beschilderung von Straßen und Wegen sowie das Aufstellen oder Anbringen von Ortshinweisschilder durch die Gemeinde, Fremdenverkehrsvereine oder alpine Vereine und das Aufstellen von amtlichen Verkehrszeichen;
 10. die zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Schutzgebietes notwendigen und von der unteren Naturschutzbehörde angeordneten Überwachungs-, Schutz und Pflegemaßnahmen.

§ 7

Befreiungen

- (1) Von den Verboten des § 4 kann im Einzelfall Befreiung gemäß Art. 49 BayNatSchG erteilt werden, wenn
 1. überwiegende Gründe des allgemeinen Wohls die Befreiung erfordern oder
 2. der Vollzug der Bestimmung zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen im Sinne des Bayer. Naturschutzgesetzes, insbesondere mit den Zwecken des Landschaftsschutzgebietes „Taubensee“ (§ 3), vereinbar ist oder
 3. die Durchführung dieser Verordnung zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde.
- (2) Wird die Befreiung mit Nebenbestimmungen erteilt, kann eine Sicherheitsleistung verlangt werden.
- (3) Die Befreiung wird vom Landratsamt Berchtesgadener Land – Untere Naturschutzbehörde – erteilt. Bei Vorhaben der Landesverteidigung und des Zivilschutzes entscheidet über die Befreiung das Bayer. Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen als oberste Naturschutzbehörde.

§ 8

Anzeigepflicht

Wer andere als in §§ 5 und 6 aufgezählte Maßnahmen durchführen oder Handlungen vornehmen will, hat dies dem Landratsamt Berchtesgadener Land – Untere Naturschutzbehörde – 2 Wochen vorher anzuzeigen.

Die Anzeige kann auch bei der Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden abgegeben werden, die verpflichtet ist, sie unverzüglich an das Landratsamt Berchtesgadener Land weiterzuleiten.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Nach Art. 52 Abs. 1 Nrn. 3 und 6 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen den Verboten des § 4 Veränderungen vornimmt;

2. ohne die nach § 5 Abs. 1 erforderliche Erlaubnis
 - a) bauliche Anlagen aller Art errichtet, ändert oder ihre Nutzung ändert (§ 5 Abs. 1 Nr. 1);
 - b) Schilder, Bild- und Schrifttafeln, Anschläge, Lichtwerbung und Schaukästen anbringt (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 a);
 - c) ober- oder unterirdisch geführte Draht-, Kabel- und Rohrleitungen sowie Masten errichtet oder ändert (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 b);
 - d) mit Kraftfahrzeugen aller Art oder Wohnwagen außerhalb dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Plätze fährt oder diese dort abstellt (§ 5 Abs. 1 Nr. 3);
 - e) Gewässer anlegt oder sie einschließlich ihrer Ufer ändert, selbst wenn sie nach den Bestimmungen des Wasserrechts von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung sind, oder den Wasserzu- und -ablauf sowie den Grundwasserstand ändert (§ 5 Abs. 1 Nr. 4);
 - f) landschaftsbestimmende Elemente wie Bäume, Gehölze, Hecken oder Sträucher außerhalb des Waldes beseitigt (§ 5 Abs. 1 Nr. 5);
 - g) Straßen, Wege oder Plätze jeder Art errichtet oder wesentlich verändert (§ 5 Abs. 1 Nr. 6);
 - h) außerhalb hierfür zugelassener Plätze Feuer macht oder zeltet (§ 5 Abs. 1 Nr. 7);
 - i) wesentliche Veränderungen des Gehölzbestandes vornimmt (§ 5 Abs. 1 Nr. 8);
 - k) außerhalb der dem öffentlichen Verkehr einschl. dem Reiten gewidmeten Straßen und Plätze und außerhalb der mit Zustimmung des Landratsamtes als Reitwege gekennzeichneten privaten Wege und Plätze reitet (§ 5 Abs. 1 Nr. 9);
 - l) Flugmodelle aller Art sowie Tonwiedergabe- und Tonübertragungsgeräte betreibt (§ 5 Abs. 1 Nr. 10);
3. vollziehbare Auflagen nach § 5 Abs. 3 und § 7 Abs. 2 dieser Verordnung nicht nachkommt;
4. Maßnahmen im Sinne von § 8 nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt.

(2) Daneben können nach Art. 53 BayNatSchG die durch die Ordnungswidrigkeit gewonnenen oder erlangten oder die zu ihrer Begehung gebrauchten oder dazu bestimmten Gegenstände einschließlich der bei der Ordnungswidrigkeit verwendeten Verpackungs- und Beförderungsmittel eingezogen werden. Es können auch Gegenstände eingezogen werden, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht.
§ 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Berchtesgadener Land in Kraft.

Bad Reichenhall, den 1.10.1983
Birnbacher, Landrat

Berichtigung:

Amtsblatt Nr. 16 vom 17.4.1984, Bek.-Nr. 1,
Amtsblatt Nr. 33 vom 19.8.1986, Bek.-Nr. 1